



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

♀: Die preußische Politik seit der Zusammenkunft von Baden.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die preussische Politik seit der Zusammenkunft von Baden.

In Nr. 27. dieser Blätter wurde bei einem Bericht über die Tage von Baden der Intriguen Erwähnung gethan, welche Preußen umfangreiche Gebietsvergrößerungen in Aussicht stellten, wenn sich dieser Staat zu einem Bündniß mit Rußland und Frankreich vereinigen wollte. Diese Mittheilungen haben in der Tagespresse mehrfach Widerspruch erfahren, welcher zum Theil aus Regierungskreisen Berlins hervorging. Schreiber dieses kann einer nicht fernern Zukunft die vollständige Aufklärung über die zu Grunde liegenden Thatsachen um so ruhiger überlassen, als er sich bewußt ist, mit Schonung und Discretion nur das gesagt zu haben, worauf nach seiner Ueberzeugung die Oeffentlichkeit ein Recht hat. Die beste Beseitigung aller solcher Projecte war, daß die Presse und öffentliche Meinung über sie den Stab brach. Wenn aber von anderer Seite her auch die Namen preussischer Diplomaten genannt wurden, welche sich zu Vermittlern solcher Pläne hergegeben haben sollten, so müssen wir eine solche Indiscretion beklagen. Man soll Niemanden öffentlich anklagen, der durch seine amtliche Stellung genöthigt ist, auf öffentliche Vertheidigung zu verzichten. Die Sache des Herrn v. Bismark können wir ruhig den politischen Freunden desselben überlassen, sein Souverän und der Minister des Auswärtigen sind Richter über das, was er in seinem Amte gethan hat. Er hat längst die bestimmte Weisung bekommen, sich auf seinen Posten zurück zu begeben, und Herr v. Schleinitz wird bei dem Abschiedsbefuch Gelegenheit gehabt haben, demselben seine Ansicht über seine Thätigkeit in Berlin auszusprechen. Wenn aber bei der Erwähnung dieser Intrigue die rein politische Ehre des preussischen Bundestagsgesandten Herrn v. Usedom angegriffen wurde, so fühlen wir uns verpflichtet, in seinem und unser Aller Interesse einem solchen Unrecht auf das Entschiedenste entgegen zu treten. Seine ganze politische Laufbahn, seine frühere Stellung als Mitglied der preussischen Partei des Wochenblattes, die Art und Weise, wie er sich bei seiner schwierigen und dornenvollen Position zum Vertreter der höchsten deutschen Interessen in allen Bundesfragen gemacht, hätte ihn vor einem solchen Vorwurf schützen sollen, auch bei denen, welche nicht aus persönlicher Er-

fahrung die makellose Ehrenhaftigkeit seines Lebens und seine deutsche Gesinnung kennen gelernt haben.

Nach dieser Bemerkung nehmen wir die in Nr. 29 dieses Blattes abgebrochene Uebersicht über die Ereignisse der letzten Wochen wieder auf. Schon vor der Zusammenkunft in Baden war das gute Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich arg gestört worden. Der südpolnische Adel hatte schon vor dem italienischen Kriege seiner oppositionellen Gesinnung zuweilen mißliebigen Ausdruck gegeben, bei der letzten Reise des Kaisers hatte er nach polnischem Brauch wenigstens durch seine Frauen Fronde gemacht und dafür die Unnade des Herrschers empfunden. Die Erhebung in Italien und vielleicht ebenso sehr die protestantische Bewegung in Ungarn brachten dort eine Aufregung hervor, welche ernste Besorgnisse einflößte. Ohne Freude entdeckte die russische Regierung auch in ihrem Lande die Maulwurfsgänge der französischen Politik. Wie den Italienern hatten französische Agenten auch den Polen Versprechungen gemacht, wieder einmal flackerte dort das alte Vertrauen auf französische Unterstützung auf. Nicht umsonst hatte Kaiser Napoleon mit Ungarn und Polen coquettirt und die Devise der nationalen Unabhängigkeit auf seinem Schilde gezeigt, wenn es ihm grade passend erschien. Jetzt traf ihn die Rückwirkung. Es war für ihn auch in Rußland unmöglich mit der Regierung fest zusammen zu gehn. Kaiser Alexander selbst hatte nicht ohne Selbstüberwindung in das Zusammenwirken mit Frankreich gewilligt, am Hofe von Petersburg hatte die französische Partei nicht ohne starke Opposition der Gegner gearbeitet, welche die alten Traditionen der Allianz festhielten. Und Napoleon der Dritte durfte sich nur den einen Trost geben, daß bei der gegenwärtigen Schwäche Rußlands für ihn nicht viel verloren war, so lange Preußen nicht zur Bundesgenossenschaft herangezogen werden konnte.

So reiste Napoleon von Baden wahrscheinlich ohne inneres Behagen. Sein Versuch, dort eine Wirkung auszuüben, war fehlgeschlagen, die Deutschen, untereinander so uneinig, ihm gegenüber hatten sie allein von allen Nationen Europas eine abweisende Höflichkeit gezeigt, ja seine Anwesenheit hatte dem Regenten von Preußen größere Popularität, der preußischen Politik Respekt verschafft. Und hinter ihm her klangen aus der Anrede des Prinzen an die Könige einige unbestimmte Worte, welche ihn das Schlimmste fürchten ließen, ein Verständniß Preußens mit Oestreich, den Anfang einer Coalition, welche England an sich zu ziehen drohte, dazu die kleineren Nachbarstaaten, die alle durch seine Politik gekränkt, gegen ihn rüsteten. Vergeblich suchte er sich wenigstens Spanien zu verbinden, indem er seinen Diplomaten Titel und Lasten einer Großmacht ohne Kraft verschaffen wollte, Preußen antwortete vortrefflich durch die Empfehlung Schwedens. Da fand er das Gemebel in Syrien als bequemes Mittel, die Aufmerksamkeit der Franzosen zu beschäfti-

gen und dem Heer neue Perspectiven zu geben; auch hier mußte er sich den Beschränkungen fügen, welche durch Preußen seiner Expedition auferlegt wurden. Es war für ihn ein Moment gekommen, wo nur die größte Klugheit von der drohenden Gefahr lösen konnte.

Unterdeß hatten sich in Deutschland die Sachen weiter entwickelt. Von Wien aus waren die ersten einleitenden Schritte gethan worden, eine Ausföhnung mit Preußen herbeizuführen. Schon in Baden hatte der Prinzregent betont, daß eine solche Annäherung der beiden Großmächte des deutschen Bundes, im Fall sie stattfinden könne, geschehn solle ohne Einmischung der Mittelstaaten, und daß er von den Resultaten derselben zu seiner Zeit die übrigen deutschen Regierungen in Kenntniß setzen werde. Der Wunsch Oestreichs, andere deutsche Souveräne zu der Zusammenkunft heranzuziehn, d. h. dem Kaiser von Oestreich eine ähnliche Stellung gegenüber dem Prinzregenten zu geben, wie der Prinzregent zu Baden gegenüber dem Kaiser Napoleon gehabt hatte, wurde zurückgewiesen. So trafen die beiden Fürsten, diesmal von ihren Ministern begleitet, in Tepliz als Souveräne von zwei europäischen Großmächten, zusammen.

Auch die Resultate dieser Zusammenkunft sind kein Geheimniß mehr, wol jeder einzelne besprochene Punkt ist bald hier bald da in den Zeitungen zur Oeffentlichkeit gebracht, man hat nur nöthig, die wissentlichen Entstellungen oder falschen Muthmaßungen abzugiehn. Die Hauptsache war, daß man preußischer Seits den festen Entschluß mitbrachte, keine bindenden Verpflichtungen einzugehn, und ein durchaus richtiges Verständniß der schwierigen Lage, in welcher sich der Nachbarstaat befand, welcher jedem Bundesgenossen wie der gebrochene Stab Aegyptens die Hand zu verlegen droht, die sich darauf stützen will. Vergebens haben wiener Zeitungen die Unwahrheit zu verbreiten gesucht, daß Oestreich keine Garantie von Venetien begehrt hätte. Dieser alte Wunsch wurde wieder vorgebracht und zurückgewiesen. Auch die Nachricht ist unwahr, daß Preußen im Fall eines Krieges zwischen Sardinien allein und Oestreich in eine Besetzung der deutschen Bundesgrenzen Oestreichs durch bairische oder preußische Truppen gewilligt habe. Wenn, wie wir annehmen, auch dieser Wunsch von Oestreich ausgesprochen wurde, so wurde auch er zurückgewiesen. Dagegen ist unzweifelhaft wahr, daß Preußen der kaiserlichen Regierung unter Umständen seine Hilfe in Aussicht stellte, wenn in dem bevorstehenden Kampfe in Venetien Frankreich zum zweiten Male Sardinien unterstützen sollte. Aber auch dieser gute Wille wurde von Bedingungen abhängig gemacht, welche der Annäherung allen Anschein einer Verpflichtung nahmen. Freimüthig hoben die Preußen hervor, daß Preußen ein Verfassungsstaat sei, daß es keinen Krieg führen könne ohne die Geldbewilligung seiner Kammern, daß aber die öffentliche Meinung in Preußen, wie schon in dem letzten italie-

nischen Kriege sichtbar geworden, wenig Sympathie für die östreichischen Interessen zeige; noch seien die Tage von Olmütz, die Haltung des östreichischen Hofes nach dem Frieden von Villafranca unvergessen. Wenn Oestreich auf deutsche Hilfe reche, so habe es vor Allem die öffentliche Meinung in Deutschland mit sich zu versöhnen. Dies könne nur durch einen Wechsel des Systems in Oestreich geschehn. Bevor deshalb Preußen irgendwelche Verpflichtungen gegen Oestreich eingehen könne, müsse es erst unzweifelhafte und thätliche Beweise haben, daß Oestreichs Regierung ihrerseits den Interessen der Deutschen gerecht zu werden wisse. Solche zeitgemäße Forderungen seien zunächst Gleichberechtigung der Protestanten in allen Kronländern, diese sollten dieselbe Stellung in Oestreich haben, wie die Katholiken in Preußen; ferner eine Ausbildung der heimischen politischen Institutionen, welche geeignet wäre, das Band zwischen der kaiserlichen Regierung und ihren Völkern zu befestigen; endlich genügende Beweise dafür, daß Oestreich auch die preußischen Interessen bei jeder Gelegenheit offen und loyal — in Deutschland auf Grundlage der völligen Gleichheit beider Staaten — unterstütze. Dem Vernehmen nach wurde von Oestreich die Gleichberechtigung der Protestanten und aufrichtiges Eingehn auf eine neue Organisation des Staates zugesagt, in Betreff der preußischen und deutschen Interessen Connivenz in Aussicht gestellt. Man darf bezweifeln, daß etwas Weiteres abgemacht worden sei.

So reisten die Herrscher und ihre Minister aus Teplitz, beide Souveräne hatten sich in fürstlicher Courtoisie fern von ihrem Hofe und von den Stimmungen ihrer Völker einander genähert und freundnachbarlich unter Bedingungen gute Dienste zugesagt, die Empfindung des innern Gegensatzes war auf Tage ein wenig in den Hintergrund gedrängt worden, sie sind wieder auseinander gereist, der eine nach Süden, der andre nach Norden.

Sicher war Kaiser Napoleon der erste, welcher einige Kunde von den Verhandlungen zu Teplitz erhielt. So wenig auch ausgemacht war, grade in der italienischen Frage lag für ihn eine feindliche Möglichkeit. Es galt jetzt einen schnellen und entscheidenden Schritt zu thun, um England von der drohenden Coalition fern zu halten, wo möglich die öffentliche Meinung mit sich zu versöhnen. Wenn er nicht einen großen Krieg, einen Kampf bis ans Messer führen wollte, so mußte auch er die Italiener sich selbst überlassen, die Minen, die er dort gelegt hatte, für den Augenblick zuschütten und auf weitere Erwerbungen in Italien vorläufig verzichten. Es ist unwahrscheinlich, was östreichische Correspondenten verkündet haben, daß er mit Sardinien bereits seinen geheimen Vertrag über Genua abgeschlossen habe; man thut ihm aber sicher nicht Unrecht, wenn man annimmt, daß er einen solchen für die erste Verlegenheit dieses Staats in der Tasche bewahrte. Der Brief, welchen er an seinen Gesandten in London schrieb, ist deshalb eines der interessantesten Actenstücke, ausnehmend

Charakteristisch für die Methode der kaiserlichen Politik. Die Behendigkeit, mit welcher er sich auf den Standpunkt seiner Gegner von Tepliz stellt, und die naive Schlaubeit, womit er über die Rechte der Völker und die Zustände seines Landes spricht, sind schon auffallend genug; noch mehr aber ist es die Beharrlichkeit, mit welcher er Ansichten und Behauptungen wiederholt, von denen er sich gute Wirkungen verspricht. Fast genau dieselben Sätze hatte er, so oft es ihm dienlich schien, durch die Presse in Frankreich verkünden lassen, genau dasselbe hatte er, wie erzählt wird, in Unterredungen zu Baden immer wieder gesagt. Er ist so hartnäckig ehrlich und von so offener Treuherzigkeit, und doch will ihm die Welt gar nicht glauben. Die Wirkungen dieses Briefes, sind, so weit wir darüber urtheilen können, nicht bedeutend gewesen. Man fährt in England fort zu rüsten; man betrachtet dort den Brief nur als ein Zeichen, daß Napoleon vorläufig für nöthig hält, Frieden in Europa zu halten. Die langsame Annäherung an Deutschland dauert trotz kleiner Gegenströmungen im Ganzen fort. Und eine Vereinigung mit Preußen steht immer noch in sicherer Aussicht, wenn für deutsche Interessen ein Krieg geführt werden muß.

Jeder Rückblick auf die Geschichte des letzten Jahres zeigt, wie sehr die Bedeutung Preußens für die europäische Politik gestiegen ist. Derselbe Staat, der noch vor zwei Jahren in dem Rath der Mächte fast gar nicht mitzählte, ist durch einige besonnene Acte seiner Regierung für den Augenblick fast der wichtigste der fünf großen Staaten geworden, sein erstes entschlossenes Eingreifen in die schwebenden Prozesse Europas hat die Sachlage wie mit einem Schlage geändert, die Intriguen Frankreichs sind gekreuzt, seine Fortschritte aufgehalten, die unheimliche gewitterschwüle Stimmung, welche dadurch hervorgerufen wurde, daß jede der Großmächte mißtrauisch und beobachtend den andern gegenüber stand, scheint ihrem Ende nahe, die erste Bürgschaft für den Frieden Europas, Allianzen der Majorität bereiten sich vor; das berliner Cabinet ist vom Auslande respectirt, wetteifernd ist die Presse bemüht, die Politik „der ehrlichen Leute“ zu rühmen, dem Prinzregent kommen nicht nur die Aufmerksamkeiten seiner Mitsouveräne von allen Seiten entgegen, er wird auch fast in ganz Europa wie ein neu aufgehender Stern besprochen, er ist grade jetzt vielleicht der populärste aller Souveräne.

Und sieht man näher zu, so ist auch bis nach den Tagen von Tepliz im Ganzen das Richtige und Gute geschehn, was den höchsten Interessen des Staates, welchen wir im Herzen tragen, unter den gegebenen Verhältnissen am besten entspricht. Es ist wahr, Preußen hat in dieser Zusammenkunft den guten Willen ausgesprochen, für gewisse Eventualitäten sein Geld und Blut zum Vortheile Oesterreichs daran zu setzen, aber es hat dies mit großer Vorsicht gethan, und sich wol gehütet,

irgend eine Verpflichtung einzugehn, oder eine Phrase für eine Leistung anzunehmen. Denn man war sich vollkommen klar, daß auch der gute Wille Oestreichs zunächst nicht viel mehr leisten könne, als ein Paar Blätter beschriebenes Papier, wie sie in der letzten Zeit ebenso zahlreich als fruchtlos aus der Hofburg in die Provinzen geflattert sind. So schadhast ist dort das alte Räderwerk der Verwaltung, so zahlreich sind die hindernden Einflüsse, welche sich der Ausführung auch guter Intentionen entgegensetzen, daß der augenblickliche reale Erfolg der preussischen Einwirkung sicher sehr unbedeutend sein wird. Demungeachtet haben diese Forderungen Preußens und das Eingehn Oestreichs darauf keine geringe Bedeutung, und es lohnt, einen Augenblick dabei zu verweilen. Wie milde und hochsinnig die Form war, in welcher Preußen seine Wünsche der östreichischen Regierung insinuirte, der Moment drückte doch unzweifelhaft das Verhältniß aus, in welchem beide Staaten jetzt zu einander stehn. Der eine, ein Verfassungsstaat, fest in sich selbst ruhend und deshalb schon in die Machtosphäre des andern übergreifend, der andere Hilfe suchend und in der Lage, fremde Einwirkung auf seine innern Angelegenheiten tragen zu müssen. Von diesem Standpunkt aus durften die preussischen Staatsmänner allerdings die Tage von Tepliz als scharfen Gegensatz zu dem Tage von Layenburg betrachten. Aber dies Selbstgefühl hat nur Berechtigung, wenn die erfreuliche Situation als Stufe betrachtet wird zu weiterem entschlossenen Vorgehn und zu fester Benützung der errungenen Erfolge. Der Prinzregent von Preußen hat in Tepliz das Recht erworben, sich als Schützer der Protestanten von Oestreich zu betrachten. Diese Stellung kann die höchste und aussichtsvollste werden, welche jemals ein preussischer Regent gewonnen hat, sie kann entscheidend werden für die ganze Zukunft unsers Vaterlandes, wenn sie mit der Ehrlichkeit und Rücksicht geltend gemacht wird, welche unser Jahrhundert verlangt, zugleich aber mit der Energie, welche Karl der Zwölfte von Schweden in ähnlicher Stellung bewies, und mit größerer politischer Klugheit als diesem Monarchen zu Gebote stand. Auch hier kommt es darauf an, ob die preussische Regierung sich der möglichen Eventualitäten bewußt ist, und ob sie den Muth hat, für Großes fest und weise zu handeln.

In Wahrheit aber liegt die Unterstützung, welche der östreichischen Regierung für gewisse Fälle als möglich gezeigt wurde, nicht allein im Interesse Oestreichs, sondern ebenso sehr im höchsten Interesse Preußens und Europas. Es ist durchaus unerträglich und jede Rücksicht auf Selbsterhaltung zwingt zu verhindern, daß Frankreich noch einmal durch Verträge mit Piemont sich vergrößere. Da der Staat, welcher die nächste Verpflichtung gehabt hätte, sich solcher Vergrößerung entgegenzustellen, da England in dem entscheidenden Momente so gut wie nichts dagegen gethan hat, und da durchaus zweifelhaft ist, wie das Ministerium Palmerston weitere Fortschritte seines allirten Gegners

betrachten wird, so gebietet die Pflicht der Selbsterhaltung jedem andern Staat sich zu widersetzen. Und vollends Preußen wahrt seine eigne Existenz, wenn es erklärt, eine neue Einmischung Frankreichs in die italienischen Kämpfe nicht dulden zu können. Darin werden alle Einsichtsvollen aus den am meisten entgegengesetzten Parteien in Deutschland übereinstimmen. Auch wer eine schnelle und vollständige Einigung Italiens unter der Herrschaft Victor Emanuels für nothwendig und vortheilhaft hält, wird sich sagen müssen, daß diese Neugestaltung nicht erkauft werden dürfe durch neue Abtretungen, durch eine dominirende Stellung Frankreichs innerhalb der Halbinsel. Jeder Preuße, auch wer am wärmsten wünscht, daß der Einheitsstaat von den Alpen bis zu der Insel des Aetna reiche, wird es für einen Nachtheil halten müssen, wenn die Herrschaft Oestreichs nur darum beseitigt werden sollte, um eine entsprechende Herrschaft Frankreichs an die Stelle zu setzen.

So weit vermögen wir den politischen Schritten des berliner Cabinetts mit Freude und einigem patriotischen Stolz zu folgen. Und von diesem Standpunkt erscheint uns auch die Ablehnung einer Conferenz über die Savoyerfrage durchaus consequent und klug. Denn in der gegenwärtigen Situation kann diese Conferenz keinen andern Zweck haben, als die Einverleibung Savoyens in Frankreich durch das Votum Europas zu sanctioniren. Die englische Regierung hat dem berliner Vorschlage gegen diese Einverleibung energisch zu protestiren, in auffallend indiscreter Weise ihre Mitwirkung versagt, und die Verstimmung, welche durch diese Weigerung in die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Cabinette getragen wurde, ist noch nicht ganz geschwunden. Eine Protestation Preußens und Oestreichs kann in gegenwärtiger Sachlage keine andere Folgen haben, als eine heftige Erbitterung des Kaisers Napoleon, thatsächlich würde sie der Schweiz nichts nützen; denn es erscheint auch im Interesse der Schweiz durchaus nicht wünschenswerth, die Ansprüche dieses Staats an Chablais, Faucigny und halb Genevois durch die unwesentlichen Scheinconcessionen Frankreichs zu beseitigen. Aus diesen Gründen ist es politisch, einen Congreß nicht zu beschicken, bei welchem die Opposition gegen den Kaiser Napoleon keine Aussicht auf großen Erfolg hätte und die Großmächte zuletzt nur ihre Siegel auf eine Vergrößerung Frankreichs drücken würden, die bei der Persönlichkeit des Kaisers am besten unsicher bleibt, so lange es möglich ist.

Aber wie vorsichtig die Staatsmänner Preußens bis hierher gutes Fahrwasser gefunden haben, die italienische Frage bedroht doch mit Gefahren. Sie sind an eine Stelle gekommen, wo der Grund unter ihnen unsicher wird, und wol ist es jetzt für sie hohe Zeit, auf das Rauschen der öffentlichen Meinung und die fern drohende Brandung zu lauschen. Und die deutsche Presse

soll wieder und immer wieder aussprechen, was weitverbreitete Ueberzeugung ist und hier in kurze Sätze zusammengefaßt wird:

Die politische Partei in Italien, welche in der nächsten Zukunft das relativ größte Recht hat, sich durchzusetzen, ist die Partei Garibaldi's. Welches auch ihr Ursprung und ihre gesetzliche Berechtigung sein mag, sie gibt den Italienern das Höchste, was ein Volk besitzen kann, die Fähigkeit, für die große Idee des Staates sich selbst zu opfern. Weder die vertriebenen Regenten noch die unzufriedenen Localpatrioten von Mailand und Florenz besitzen diese bildende und treibende Kraft, welche ein Volk heraufbringt, weil sie den Egoismus der Einzelnen einem großen Zweck unterordnet. Dazu kommt, daß diese Partei, in Opposition zugleich gegen französische Uebergriffe, gegen Oestreich und den Papismus auch dem Bewußtsein unseres Volkes am nächsten steht. Die Politik Preußens soll nicht vorzugsweise durch gemüthliche Stimmungen in ihrem Handeln bestimmt werden. Unsere Staatsmänner mögen den vertriebenen Souveränen Italiens ein herzliches Bedauern widmen, soweit diese erlauchten Herren und Frauen ein solches verdienen; für ihre Legitimität dürfen wir nicht eine Hand aufheben. Denn es ist unserm Staate nützlich, wenn die politische Schwäche und Zerissenheit Italiens, welche dasselbe zu einem Spielball fremder Einflüsse machte, schnell und gründlich beendigt wird.

Ferner: ein freies einheitlich organisirtes Italien unter der Herrschaft des Hauses Savoyen ist in Zukunft der sicherste Allirte Preußens und Deutschlands. — Eine kräftige nationale Entwicklung Italiens hat in Kaiser Napoleon und seinem Frankreich einen stärkern Gegner, als in Oestreich. Und der Kaiser hat dafür gesorgt, sich zu den Patrioten Italiens in unversöhnbaren Gegensatz zu bringen. Die Wunde Savoyen und Nizza wird schmerzen, so lange die abgerissenen Provinzen nicht zurückgewonnen sind. Je mehr Erfolg und Sieg das nationale Bewußtsein Italiens emporhebt, desto bitterer wird das Gefühl der Demüthigung werden, daß man die Hilfe des Nachbarn durch ein solches Opfer erkaufen mußte. Ob Garibaldi selbst siege oder untergehe, in dem jungen Geschlecht, welches unter ihm Disciplin und Verachtung des Todes erlernt, in allen Politikern, welche fortan der Nationalsache in Italien dienen, wird diese Empfindung von Frankreich abziehen, sobald die Möglichkeit einer neuen Allianz sich aufthut. Nicht weniger treiben zu vorsichtigem Gegensatz gegen Frankreich die dauernden Interessen des Volkes, Handel und Industrie, der Antheil am Mittelmeer.

Und endlich: die Herrschaft Oestreichs über Venetien liegt nicht so sehr in deutschem Interesse, daß wir das Recht hätten, sie mit unserm Geld und Blut zu erhalten. Die sogenannten militärischen Gesichtspunkte sind ein Axiom, welches aus dem Mittelalter überkom-

men, den Deutschen bis jetzt nur Unglück gebracht hat, es ist zu bedauern, daß sie Herrn v. Radowiz überlebt haben. Ohne Zweifel hilft Venetien dazu, die Herrschaft Oestreichs über Dalmatien zu sichern, sein erzwungener Gehorsam verhindert einige Thäler Welschtirols und einige Kreise Istriens, Sympathien für Italien auszusprechen, ja er deckt auch den Handel von Triest. Aber weshalb ist ein solches vorgeschobenes Befestigungswerk des östreichischen Einflusses nöthig? Doch nur deshalb, weil grade das deutsche Leben in Istrien, Tirol und Dalmatien, ja auch in Triest so schwach und gradeheraus so verkümmert ist, daß es in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit nicht die Kraft hat, sich ohne Außenwerke zu erhalten, geschweige unter Italienern und Slaven moralische Eroberungen zu machen. Wol bedarf Oestreich Venetiens, aber ein geeinigtes Deutschland, welches allen Gliedern seines großen Leibes das Selbstgefühl der Kraft gäbe, bedürfte solcher Befestigungen in fremdem Lande nicht. Wir haben an allen Punkten der preussischen und deutschen Grenze gegen Rußland und Frankreich gesucht, wir haben kein solches Vorland gefunden, das in widerwilliger Abhängigkeit gehalten werden müßte, deutsche Grenzen militärisch und politisch zu decken. Posen haben wir unter ungünstigen Verhältnissen zum größten Theil germanisirt. Weder die Niederlande und Belgien noch die Schweiz gehorchen einem deutschen Fürsten. Und doch waren diese Landschaften einst Theile des deutschen Reiches, das Haus Habsburg hat die größte Schuld daran, daß sie von Deutschland gelöst worden sind, sie decken uns jetzt besser gegen Frankreich, als damals, wo die Habsburger in ihnen mächtig waren. Wir lassen dahin gestellt, ob es nicht auch im wohlverstandenen Interesse Oestreichs sein mag, eine immer offene Wunde dadurch zu schließen, daß es auf einen in der Länge nicht haltbaren Besitz verzichtet, welcher fortwährend seine Finanzen zerrüttet, seine Politik hilflos macht, seine Schwäche vor Europa bloßlegt. Denn wenn eine Regeneration Oestreichs überhaupt möglich ist, wird sie nur erfolgen, nachdem die unselige und blutige Herrschaft über Norditalien ein Ende erreicht hat. Dem Deutschen aber erscheint es als ein abenteuerlicher und schmähtlicher Zustand, daß wir, ein großes Volk, nöthig haben sollen, zwei Millionen Italiener dauernd durch Militärregiment und Kriegsgesetze zu bändigen, nur um unsere Grenzen militärisch zu sichern. Sind wir im Süden so schwach und kläglich, wessen Schuld wäre das? Was ist denn unsre Grenze gegen Rußland? Kleine Bäche, die jeder Knabe überspringt. Und wir brauchen keine stärkern. Sind die Felsen Tirols weniger geeignet zur Vertheidigung des deutschen Grundes? — Aber der militärische Einfluß auf Italien? Wir wollen keinen militärischen Einfluß, wir leben nicht mehr in der Hohenstaufenzeit. Und in solcher Empfindung wird das deutsche Volk in seiner großen Majorität jeden Schritt der preussischen Regierung mit Freude begrüßen,

welcher eine wohlwollende Förderung der Einheit Italiens ausdrückt, jeden Act aber mit Trauer und Mißtrauen betrachten, welcher solche Einigung aufzuhalten bestimmt ist.

Allerdings ist der Kampf, welcher jetzt in Italien geführt wird, erst der Anfang einer schweren Zeit für die Halbinsel. Selbst wenn eine Einigung unter Victor Emanuel gegen alle innern und äußern Gegner durchgesetzt wird, ist schwer abzusehen, woher Piemont den großen Ueberschuß von intellectueller und administrativer Kraft nehmen soll, um den ungeheuern Zuwachs zu regieren, der sich seiner größeren Hälfte nach in einem Zustande der äußersten politischen Demoralisation befindet. Und dieser Kampf selbst! Im günstigsten Fall wird sein Schluß ein erbitterter Krieg zwischen dem neuen Italien und Oestreich sein, und Oestreich ist trotz allem der militärisch überlegene Gegner. Aber ein Volk, welches einig und frei werden will, bedarf, so scheint es uns, eine Heldenzeit patriotischer Kämpfe, welche auch die schwache und indolente Majorität heftig aufrütteln und an die Stelle des Enthusiasmus eine härtere, dauerhafte Kraft setzen. Eine solche Periode des kriegerischen Heraufarbeitens und Abhärtens haben auch Völker vom germanischen Stamm durchmachen müssen, die Schweizer, die Niederländer, die Preußen Friedrich des Großen — alle gegen das Haus Habsburg!

Jene furchtbare, entscheidende Probe für die italienische Tüchtigkeit steht noch bevor, wir Deutsche werden dabei nicht ihre Bundesgenossen sein, denn wir haben auch alte Pflichten gegen die Deutschen Oestreichs, welche dem Princip ihrer Regierung folgend gegen die Italiener in Waffen stehn. Aber wir werden mit bangem Antheil auf einen Kampf blicken, bei welchem unsere Sympathien getheilt sein müssen, und wir werden, wenn wir weise handeln, jede Gelegenheit benutzen, vermittelnd und versöhnend einen solchen Kampf zu dem Ende zu führen, welches den höchsten Interessen Deutschlands und Preußens entspricht. ♀

### Ein Bild aus dem deutschen Hofleben.

1680.

In der Zeit nach dem westphälischen Frieden fand allmählig eine völlige Umgestaltung des Lebens und der Sitte an den deutschen Höfen statt, die bis